



Auf dem Gelände des Sägewerks Weiler (Foto links), heute Gewerbegebiet, sollte vor 30 Jahren direkt am Reichenbach eine Verbrennungsanlage für Abfälle der Papierindustrie gebaut werden. An der Straße nach Reichental lag das ehemalige Sägewerk Weiler, das Ende 1990 seinen Betrieb einstellte (das Foto wurde um 1970 aufgenommen).

Fotos: Friedbert Zapf

BUMM verhindert Verbrennungsanlage

Vor 30 Jahren: Mit Müllheizkraftwerk sollten in Hilpertsau Papierschlämme verbrannt werden / Bürgerinitiative wehrt sich erfolgreich

Von Friedbert Zapf

Gernsbach - Im Oktober 2020 wurde in Oberweier die Bürgerinitiative „Keine Deponeierweiterung - Kein PFC“ gegründet. Die Initiative befürchtet, dass wegen unzureichender Abdichtung der Kreismülldeponie und wegen der praktizierten Rückleitung von Sickerwasserzentrat gefährliches PFC in die Umwelt gelangt.

Dieses stammt aus den Abfallschlammten der Murgtäler Papierindustrie; rund 330.000 Tonnen wurden zwischen 1985 und 2004 in Oberweier deponiert. In ganz Mittelbaden wurden außerdem kompostierte Papierschlämme auf etwa 1.000 Hektar ausgebracht. Vor allem gegen die Deponierung dieses PFC-belasteten Bodens wendet sich die Initiative. Die Diskussion weckt Erinnerun-

gen. Vor 30 Jahren wurde schon einmal eine Bürgerinitiative gegründet, die sich damals gegen die Verbrennung der PFC-haltigen Papierschlämme richtete. 1989 hatte der Kreistag den Bau einer Müllverbrennungsanlage in Bietigheim als Ersatz für die nahezu verfüllte Deponie Oberweier beschlossen. Die Murgtäler Papierindustrie ging davon aus, dass die Entsorgungskosten für jährlich 26.000 Tonnen Papierschlamm von 40 Mark pro Tonne auf das Dreifache steigen. Und die Unternehmen reagierten.

Mitte März 1990 wurde bekannt, dass Gruber & Weber in Obertsrot, Holtzmann in Weisenbach sowie Casimir Kast und Schoeller & Hoesch in Gernsbach den Bau eines eigenen „Müllheizkraftwerks“ planten. Die als „Gemeinsame Energieerzeugungsanlage Murgtal (GEM)“ bezeichnete

Anlage sollte auf dem Gelände des stillgelegten Hilpertsauer Sägewerks Weiler an der Straße nach Reichental errichtet werden.

Historisches

In dem am 20. März an die Hilpertsauer Haushalte verteilten „GEM-Informationsblatt“ war zu lesen, dass „die in den vier Unternehmen anfallenden Reststoffe zur Energieerzeugung genutzt“ und stündlich zehn Tonnen Dampf zur nahen Badischen Karton- und Pappfabrik geleitet werden sollen. Die Einsparung bei den Entsorgungskosten trage „zur Sicherung der Arbeitsplätze im Murgtal“ bei.

Zwei Tage nach der Verteilung des „Informationsblatts“ waren 30 Hilpertsauer Zuhörer ihrem Ortschaftsrat vor, mit dem Bau der Verbrennungsan-

lage „den Ortsteil Hilpertsau zu verkaufen“. In Reichental warnnten in der dortigen sehr gut besuchten Ortschaftsratssitzung vom 30. März Bürger vor der Freisetzung von Dioxinen und Furancen. Durch die häufigen Westwinde wäre Reichental besonders betroffen. Auch wurde befürchtet, dass Holtzmann Abfälle aus seinem Werk in Maxau in Hilpertsau verbrennen könnte.

Am 9. April fand im Papiermacherhaus hinter verschlossenen Türen eine Information der Gemeinderäte von Weisenbach und Gernsbach statt. Parallel zu dieser Veranstaltung trafen sich 130 besorgte Bürger in Hilpertsau zur Gründung der „Bürgerinitiative Umweltschutz mittleres Murgtal (BUMM)“. Rund 100 Personen traten noch am selben Abend bei und wählten Wolfgang Mock zum Vorsitzenden. Ziel sei es, so Mock, die „Müll-

verbrennungsanlage zu verhindern“. Der Gaggenauer Arzt Dr. Boye Hoops referierte, dass bei einer Verbrennung krebserregende und erbgueterstörende Dioxine, Furane und Schwermetalle frei würden. Mock informierte noch, dass man schon binnen weniger Tage 3.000 Unterschriften gesammelt habe. Die Aktion laufe weiter.

Furcht vor hochgiftigen Dioxinen in der Luft

Das nächste Treffen der BUMM fand am 18. April im Grünen Baum in Reichental statt. Gut hundert Bürger waren gekommen, viele Reichentaler traten der Initiative bei. Man befürchtete vor allem die „Vermehrung der hochgiftigen Dioxine in der Luft“. Die Forderung, „keine Müllverbrennungsanlage am Reichenbacher Bach“, wurde mit großem Beifall quittiert. Einen Monat später, am 18. Mai, erklärte die Papierindustrie nach einem Gespräch mit dem Regierungspräsidenten, man werde die GEM „gründlich überdenken und überarbeiten“. Dann wurde es ruhig. Im Herbst 1990 forderte die BUMM die Aufstellung eines Bebauungsplans für das ehemalige Weiler-Areal. Der Gemeinderat fasste am 18. März 1991 den Aufstellungsbeschluss. Und das Signal war eindeutig: Im zukünftigen Gewerbegebiet war keine „Industriefläche“ vorgesehen, damit war die GEM gestorben. Die Papierindustrie wollte indes noch nicht aufgeben, „allerdings sei es nun Sache der Behörde, einen geeigneten Standort zu benennen“. Bürgermeister Wolfgang Müller schloss aber aus, auf Gernsbacher Gemarkung „eine solche Verbrennungsanlage zu realisieren“.